

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Die Bürgermeisterin**

Ausschussbetreuender Fachbereich <b>Umwelt und Technik</b>	Datum
	Schriftführer/in Hans-Jörg Fedder
	Telefon-Nr. <b>02202/141382</b>
<b>Niederschrift</b>	
<b>Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr</b>	<b>Sitzung am 30.08.2001</b>
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 19:00 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)
<b>Sitzungsteilnehmer</b> Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
<b>Tagesordnungspunkt</b>	
<b>Inhalt</b>	
<b>A <u>Öffentlicher Teil</u></b>	
1. <b>Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit</b>	
2. <b>Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil</b>	
3. <b>Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 27.06.2001 - öffentlicher Teil</b> <i>506/2001</i>	
4. <b>Mitteilungen des Vorsitzenden</b>	
5. <b>Mitteilungen der Bürgermeisterin</b>	

6. **Umstellung des Gebührenmaßstabes für die Benutzung der städtischen Regenwasserkanäle**  
*511/2001*
7. **Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzepts 2002 der Stadt Bergisch Gladbach**  
*512/2001*
8. **Straßenbauprogramm 2000/ 2001**  
**hier: Ausbau der Straße Platzer Höhenweg**  
*459/2001*
9. **Verkehrsführung Schloßstraße Bensberg**  
*528/2001*
10. **Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 14.05.2001, auf der Dolmanstraße in Höhe der KVB-Haltestelle einen zusätzlichen Fußgängerüberweg zu schaffen**  
*529/2001*
11. **Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 31.07.2001 zur Verbesserung an Fließgewässern**  
*507/2001*
12. **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.07.2001 zum Haushaltsplanentwurf 2002**  
*508/2001*
13. **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.07.2001 zur Berücksichtigung verschiedener Maßnahmen im Haushaltsplanentwurf 2002**  
*534/2001*
14. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

## Protokollierung

### **A Öffentlicher Teil**

#### **1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Waldschmidt, eröffnet die 13. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr in der sechsten Wahlperiode des Rates der Stadt Bergisch Gladbach und stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Herr Wolfgarten beantragt für die CDU-Fraktion, die Tagesordnungspunkte

A 12: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.07.2001 zum Haushaltsplanentwurf 2002 und

A 13: Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.07.2001 zur Berücksichtigung verschiedener Maßnahmen im Haushaltsplanentwurf 2002

von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abzusetzen. Nach § 79 Gemeindeordnung (GO) stellt der Kämmerer den Haushaltsplanentwurf auf, die Bürgermeisterin stellt ihn fest und leitet ihn dann dem Rat der Stadt zu. Bis dahin sei der Entwurf einer direkten Einflussnahme durch Beschlüsse entzogen. Dagegen richten sich die genannten Anträge. Eine inhaltliche Beratung zu einem späteren Zeitpunkt bleibe dem Antragsteller unbenommen.

Herr Waldschmidt weist darauf hin, er habe im Vorfeld dieser Sitzung mit den Vertretern der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dieses Thema besprochen. Als Vorsitzender sei er aufgrund der Geschäftsordnung gezwungen gewesen, die Anträge auf die Tagesordnung zu nehmen. Sollten die gewünschten Beschlüsse gefasst werden, seien diese rechtswidrig und müssten von der Bürgermeisterin angefochten werden.

Frau Schneider hält es für richtig, die Anträge jetzt nur zur Kenntnis zu nehmen und im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zu beraten. Die SPD-Fraktion habe aber auch keine Bedenken, sich dem Antrag der CDU-Fraktion anzuschließen.

Herr Effertz erklärt, der Hinweis der Verwaltung sei zutreffend. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht sich daher dafür aus, die Anträge als Anregungen zu behandeln; sie könnten dann bei den künftigen Haushaltsplanberatungen berücksichtigt werden. Eine andere Möglichkeit sei eine Absetzung und Beratung dann, wenn das Argument der GO nicht mehr greife. Er selbst spreche sich für die erste genannte Variante aus.

Im Einvernehmen mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt Herr Waldschmidt fest, dass der Antragsteller die Anträge zu A 12 und A13 zurücknimmt und eine Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag der CDU-Fraktion nicht mehr erforderlich ist.

#### **2 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil**

Frau Kreft hält eine Berichtigung zu TOP A 18 der letzten Sitzung für erforderlich. Auf Seite 5 seien die Ausführungen Herrn Waldschmidts zur Zone 30 „In der Auen“ nicht detailliert genug

wiedergegeben. Insbesondere habe Herr Waldschmidt die Auffassung vertreten, die Radwege der Straße In der Auen wiesen nicht die für eine Benutzungspflicht erforderliche Mindestbreite auf. Außerdem existiere kein durchgängiger Mittelstreifen über die gesamte Straßenlänge. Die SPD-Fraktion sei der Ansicht, dies müsse detailliert wiedergegeben werden, da die Niederschrift an anderer Stelle sehr genau sei.

Herr Schäfer verweist auf seine Anfrage zum autofreien Tag, in deren Antwort auf die Urlaubsrückkehr Herrn Bechers verwiesen werde. Diese sei inzwischen erfolgt.

Herr Schmickler verweist darauf, dass Herr Becher hierzu Überlegungen angestellt habe, die ihm allerdings im Detail nicht bekannt seien. Erschwerend wirke sich jedoch aus, der autofreie Tag auf ein Wochenende falle.

Darüber hinaus berichtet Herr Schmickler die Niederschrift wie folgt:

- Auf Seite 12 müsse es zu TOP A 18, Beschluss Nr. 8, heißen: „Die *Straße Am Rübezahwald* wird aus der Zone 30 herausgenommen.“
- Auf Seite 14 müssen die Beschlüsse zu TOP A 7 anstatt mit 4. – 6. mit 1. – 3. nummeriert werden. Er bitte die Fehler zu entschuldigen.

Die Niederschrift wird in der geänderten Form genehmigt.

### **3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 27.06.2001 - öffentlicher Teil**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

### **4 Mitteilungen des Vorsitzenden**

Der Vorsitzende, Herr Waldschmidt, erklärt, er habe Herrn Carl eingeladen, über den derzeitigen Stand der Einführung der blauen Tonne zu berichten. Grund hierfür sei, dass nicht alle Fraktionen in der Gesellschafterversammlung der GmbH vertrete seien.

### **5 Mitteilungen der Bürgermeisterin**

Herr Carl verweist auf die zur Einführung der Blauen Tonne verteilten Unterlagen (Musterbrief und Abfallinfo), die dieser Niederschrift beigelegt sind. Anschließend stellt er den derzeitigen Sachstand dar.

Herr Kierspel weist darauf hin, dass den schriftlichen Unterlagen entsprechend die Tonnen vom 01.01. an eingeführt, aber erst vom Februar bzw. März an geleert. Somit ergebe sich für die Gebührenerstellung 2002 kein ganzes Jahr. Weiterhin hätten die Bürger nur bis zum 30.10. Zeit für ihre Stellungnahme, während sich die Verwaltung für ihre Arbeit zwei Monate vorbehalte. Auch den Bürgern müssten zwei Monate Zeit eingeräumt werden.

Herr Wolfgarten erklärt, seiner Erinnerung nach sollten zwei oder drei Abgabestellen für Papier im Stadtgebiet angeboten werden und nicht – wie von Herrn Carl ausgeführt – nur eine.

Frau Reudenbach berichtet aus dem Arbeitskreis Altenarbeit, der Seniorenbeirat rege die Aufstellung eines Papiercontainers in jedem Stadtteil an. Für alte Leute und Behinderte sei es zu schwierig, die Papiertonne zur Straße zu ziehen.

Herr Cüpper schlägt vor, das Anschreiben der Klarheit wegen getrennt an Private und Gewerbetreibende zu verschicken.

Herr Dr. Steffen erklärt, der Recyclinghof solle sich als eine Annahmestelle erweisen; in diesem Zusammenhang fragt er nach dem Planungsstand des Recyclinghofes.

Herr Dr. Fischer möchte wissen, wie große Wohnanlagen die Tonnen unterbringen sollen und wie verhindert werden könne, dass größere Container von Gewerbetreibenden als kostenlose Entsorgungsmöglichkeiten genutzt würden.

Herr Carl hält die den Bürgern zur Verfügung gestellten sechs Wochen für ausreichend hält, um sich zu äußern. Auch danach eingehende Änderungen würden berücksichtigt, soweit dies möglich und vertretbar sei. Gleichwohl müsse der jeweiligen Firma mitgeteilt werden, wie viele Tonnen zu produzieren und wohin sie zu verteilen seien. Dafür müsse ebenfalls ausreichen Zeit zur Verfügung stehen. Die Verwaltung habe für ihre eigene Arbeit einen Zeitraum von zwei Wochen einkalkuliert.

Als Abgabestellen stünde neben dem Birkerhof die Annahmestelle der Firma Neuenhaus zur Verfügung. Möglicherweise könnte auch der Bauhof als Annahmestelle in Anspruch genommen werden. Keinesfalls sollten aber unkontrollierte Abgabestellen in der Stadt entstehen. Mit dem Seniorenbeirat habe er einen Gesprächstermin vereinbart, ohne dass aber ein dezentrales Containernetz angeboten werde. Es habe sich aber gezeigt, dass die Papiertonnen auch für ältere Personen handhabbar seien.

Der Recyclinghof werde erst im Frühjahr nächsten Jahres in die engere Planung genommen.

Getrennte Anschreiben halte er auch für sinnvoll. Bei der Anschriftenermittlung sei die Verwaltung aber nicht weit genug, um dies durchführen zu können.

Bei größeren Wohnanlagen werden den Verwaltern für jedes einzelne Haus die entsprechenden Anschreiben zugeschickt. In diesem Schreiben sei der Hinweis enthalten, Großanlagen und Gewerbetreibenden nach Vereinbarung Behälter mit einem Fassungsvermögen von 2,5 m<sup>3</sup> und 5 m<sup>3</sup> zur Verfügung zu stellen. Ggf. könnten sogar Pressbehälter zur Verfügung gestellt werden.

## **6 Umstellung des Gebührenmaßstabes für die Benutzung der städtischen Regenwasserkanäle**

Herr Werner verweist auf das verteilte Informationsblatt und erläutert die Vorlage.

Frau Schneider erinnert daran, dass die SPD-Fraktion die Umstellung schon seit 15 Jahren befürworte. Ihr sei es besonders um die ökologischen Gesichtspunkte gegangen. Insbesondere sollte auf eine zu starke Versiegelung verzichtet werden. Die Kostenverteilung sei gerechter. Durch eine geänderte Formulierung und Gestaltung des Erhebungsbogens solle die Akzeptanz erhöht werden.

Herr Wolfgarten schließt sich dem an und spricht sich für die Umstellung aus.

Herr Dr. Steffen spricht sich ebenfalls für die Maßnahme aus.

Aus dem Ausschuss werden verschiedene Verbesserungsvorschläge für die Anschreiben und

Vordrucke unterbreitet.

Herr Werner erklärt, die Anregungen mitzunehmen und verweist auf die bevorstehende Überarbeitung des Schreibens.

Herr Dr. Steffen schlägt vor, auf die Fördermöglichkeiten für Entsiegelungen und Brauchwassernutzungen hinzuweisen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

## **7 Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzepts 2002 der Stadt Bergisch Gladbach**

Herr Wolfgarten stimmt für die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zu.

Die Anfragen verschiedener Ausschussmitglieder beantworteten Herr Schmickler und Herr Wagner dahingehend, dass das Gros der für die Buchmühle relevanten Maßnahmen keine typischen Maßnahmen des Abwasserbeseitigungskonzeptes sind. Vielmehr handele es sich um eine Vielzahl kleinerer Maßnahmen. Ihm sei kein Beweissicherungsgutachten bekannt. Unabhängig davon wäre ein Gespräch mit den Eigentümern des Komplexes Buchmühle geplant. Von der Stadt ausgearbeitete Vorschläge würden überwiegend private Anlagen betreffen.

Herr Wagner ergänzt, dass bei dem sehr kostenträchtigen Teil der Sanierung bewusst als erster Schritt Refrath ausgewählt wurde, da es sich hier um die meisten und ältesten Kanäle im Stadtgebiet handele. Daher sei hier der höchste Schadensanteil zu erwarten. Im Bereich der Fortführung sei das Abwasserwerk jetzt im Bereich Bensberg/Moitzfeld. Die Ausarbeitung sei beim Schadensumfang relativ weit fortgeschritten, aber noch nicht so weit in der monetären Bewertung. Es habe sich bislang gezeigt, dass der Schadensumfang mit Sicherheit nicht das Maß des ersten Loses überschreiten werde. Mit unerfreulichen Überraschungen sei daher nicht zu rechnen. Die Reihenfolge der Einzelmaßnahmen könnten bei Spontanmaßnahmen selbstverständlich kurzfristig geändert werden. Dies entspreche auch den gesetzlichen Vorgaben.

Eine abschließende Gebührenkalkulation sei derzeit noch nicht möglich. Ein Bericht im Ausschuss zu dieser Frage wird jedoch zugesagt.

In der Sitzung dieses Ausschusses am 07.06.2000 wurde die Außengebietsstudie vorgestellt. Es war zwingend erforderlich, für die nicht an den Kanal angeschlossenen Außenbereiche im Rahmen einer Projektkostenbarwertberechnung zu ermitteln, ob ein Anschluss an die Kanalisation im Vergleich zur Abwasserbeseitigung auf den Grundstücken durch die Eigentümer wirtschaftlich sei. Nach den erzielten Ergebnissen ist die Stadt auch zu den jetzt teuer erscheinenden Maßnahmen verpflichtet.

Auf Anfrage Herrn Dr. Fischers erklärt Herr Werner, der Rat hätte selbstverständlich das Recht, die Maßnahme infrage zu stellen. Letztendlich lege die Bezirksregierung fest, ob sie mit der Abarbeitung zufrieden sei. Die Gebührenkalkulation der letztjährigen Investitionsplanung ergab, dass in den nächsten Jahren mit einer leichten Anhebung zu rechnen sei. Bereits im siebten Jahr seien die Gebühren unverändert. Nach dem jetzigen Stand der Investitionsplanung für das nächste Jahr liege das Abwasserwerk unter den Ansätzen des Vorjahres. Hinsichtlich der Grube Weiß sei allein die Zahl der Anwohner etwas irreführend, da die Erschließung auch Gewerbeflächen einschließe.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach wird empfohlen, die Verwaltung zu beauftragen, die nach § 53 Landeswassergesetz NW gegebene Abwasserbeseitigungspflicht auf der Grundlage des Abwasserbeseitigungskonzepts - Fortschreibung 2002 - Fassung vom 13.08.2001 zu vollziehen.

## **8 Straßenbauprogramm 2000/ 2001** **hier: Ausbau der Straße Platzer Höhenweg**

Herr Schäfer stimmt für die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag zu und zeigt sich erfreut, dass alle Bürger zufriedengestellt werden konnten.

Herr Wolfgarten stimmt dem Beschlussvorschlag ebenfalls zu. Er möchte jedoch wissen, ob ein Bürgersteig gebaut werde und wie viele Anlieger tatsächlich mit dem Ausbau einverstanden seien. Die letztgenannten Angaben halte er grundsätzlich bei solchen Baumaßnahmen für sinnvoll.

Herr Dehler verweist darauf, dass in einer Bürgerversammlung die Mehrzahl der Bürger vertreten waren und die aufgenommen Anregungen äußerten. In den letzten Tagen bestanden lediglich Bedenken hinsichtlich der Gestaltung des Einmündungsbereiches.

Herr Hardt erläutert, dass auf der östlichen Seite kein Gehweg angelegt wird, was den Anregungen der Anlieger entgegenkommt. Es wurden ca. 80% der Anwohner/Grundstückseigentümer erreicht wurden. Diese waren mehrheitlich mit dem überarbeiteten Vorschlag einverstanden. Die Probleme im Einmündungsbereich werden dadurch gelöst, dass durch ein Haltverbot und Markierungen von Stellplätzen sowie die Verlängerung des Einmündungsbereiches in die Wipperfurther Straße hinein die Sicht verbessert wird. In der Wipperfurther Straße fällt mindestens ein Stellplatz weg.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Die Straße Platzer Höhenweg wird gemäß der in der Sitzung vor gestellten Variante 2 ausgebaut.

## **9 Verkehrsführung Schloßstraße Bensberg**

Frau Kreft erklärt, die SPD-Fraktion habe erhebliche Bedenken, ob sich eine geänderte Verkehrsführung nicht nachteilig auswirken würde. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass es gerade an den neuralgischen Punkten, z. B. Im Bungert, zu erheblichen Problemen kommt. Sie verweist auf den Kindergarten und den Postverkehr in der Straße Im Bungert sowie das Nadelöhr zwischen Nikolausstraße und Am Milchbornsberg. Mit der Verkehrssituation Im Bungert habe sich der Ausschuss schon häufiger beschäftigt. Durch eine Änderung der Verkehrsführung könnte eine weitere Verschärfung der Verkehrslage eintreten. Weiterhin könnte es zu einem erheblichen Rückstau auf der Nikolausstraße kommen, da von dieser recht steilen Straße ein flüssiges Abbiegen nicht möglich sei. Trotz dieser erheblichen Bedenken folge ihre Fraktion dem Verwaltungsvorschlag, beantrage aber, die Änderungen nur versuchsweise für die Dauer eines halben Jahres durchzuführen. Dies würde sowohl den Winter- als auch den Weihnachtsverkehr umfassen. Während dieses Halbjahres sollten regelmäßige Messungen erfolgen. Die Verwaltung solle unaufgefordert nach Ablauf der Probephase Bericht erstatten.

Herr Wolfgarten schließt sich dem im wesentlichen an. Im Grundsatz sei auch die CDU-Fraktion für die Umsetzung der Einbahnstraßenregelung, teile aber die Bedenken Frau Krefts. Er schlägt vor, den Beschlussvorschlag dahingehend aufzuteilen, die Verwaltung zu beauftragen, die neue Verkehrsführung auszuschildern, aber von weiteren Maßnahmen abzusehen. Die Probephase solle bis zum Frühjahr dauern.

Herr Effertz erklärt, auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spreche sich nur für eine probeweise Umsetzung des Vorschlages aus. Er fragt nach der Situation an der Kreuzung Schloßstraße/Kadettenstraße und erinnert an einen Antrag vom März zur Verkehrssicherheit, da an dieser Ecke die Vorfahrtsstraßenregelung nicht beachtet werde. Die Verwaltung solle über mögliche Maßnahmen berichten.

Herr Dr. Fischer teilt die vorgetragenen Bedenken und spricht sich für eine mindestens halbjährige Probephase aus. Die F.D.P.-Fraktion schläge vor, die Kreuzung Im Bungert/Friedhofsweg/Baumgarten mit einer abknickenden Vorfahrt zu versehen. Dies würde dem Verkehrsfluss entsprechen.

Herr Cüpper regt an, an der Ecke der Schloßstraße, wo es zur Fußgängerzone geht, eine Änderung derart herbeizuführen, dass das dort befindliche Stoppschild mehr beachtet wird.

Herr Kierspel spricht sich dafür aus, auch in der Probephase Änderungen der Verkehrsregelungen zuzulassen.

Herr Hardt sagt zu, in der nächsten Verkehrsbesprechung diese Empfehlung aufzunehmen und mit den anderen Trägern öffentlicher Belange abstimmen. Bauliche Maßnahmen würden nicht geschaffen. Es sollten aber Parkplätze geschaffen werden, die aber auch dann sinnvoll seien, wenn die Einbahnstraßenregelung zurückgenommen würde. Die gewünschte abknickende Vorfahrt und der Unfallschwerpunkt Schloßstraße/Nikolausstraße seien schon häufiger beschlossen worden. Dies würde wieder aufgegriffen werden.

Frau Kreft schlägt vor, in der Schloßstraße einen beidseitigen Fahrradverkehr zuzulassen. Sie hält es für zu beschwerlich, nur bergaufführenden Radverkehr zuzulassen.

Herr Hardt sagt eine Prüfung zu, hält dies aber für kritisch.

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

Der Ausschuss empfiehlt der Straßenverkehrsbehörde, die Schloßstraße zwischen Gladbacher Straße und Nikolausstraße als Einbahnstraße in Fahrtrichtung Schloss auszuweisen sowie die Einbahnrichtung der Nikolausstraße umzuändern in Fahrtrichtung Im Bungert. Die Änderungen werden im Rahmen eines etwa halbjährigen Probetriebes durchgeführt. Vor einer endgültigen Entscheidung werden keine baulichen Änderungen durchgeführt.

Der Ausschuss empfiehlt der Straßenverkehrsbehörde, die Schloßstraße zwischen Gladbacher Straße und Nikolausstraße als Einbahnstraße in Fahrtrichtung Schloss auszuweisen sowie die Einbahnrichtung der Nikolausstraße umzuändern in Fahrtrichtung Im Bungert.

**10 Antrag der F.D.P.-Fraktion vom 14.05.2001, auf der Dolmanstraße in Höhe der KVB-Haltestelle einen zusätzlichen Fußgängerüberweg zu schaffen**

Herr Dr. Fischer verweist auf sein Gespräch mit Herrn Becher, bei dem Übereinstimmung darüber erzielt wurde, die Linie 451 nicht durch die Seitenstraßen zu führen. Herr Becher wird jedoch die KVB schriftlich bitten, dass deren aus Bensberg kommenden Fahrer umsteigende Passagiere abwarten. Problematisch könne dies jedoch zeitlich für ältere Fahrgäste sein. Er schlägt vor, zunächst die Reaktion der KVB abzuwarten.

Frau Schneider möchte den Fahrgästen grundsätzlich einen sicheren Überweg ermöglichen, ohne für diesen speziellen Fall eine Lösungsmöglichkeit zu sehen. Sie verweist darauf, dass sie selbst die Problematik nicht sehe, da zumindest in der Hauptverkehrszeit sehr häufig Bahnen fahren. Eine Umleitung der Buslinie lehne sie ab. Die SPD-Fraktion halte es daher für –besser, die bisherige Situation beizubehalten.

Herr Kierspel stimmt dem zu.

Herr Waldschmidt schlägt vor, wie von Herrn Dr. Fischer vorgeschlagen zu verfahren.

**11 Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 31.07.2001 zur Verbesserung an Fließgewässern**

Herr Waldschmidt erklärt, der vorliegende Antrag sei in seiner Ziffer 1 so nicht durchführbar. Die finanzielle Absicherung erfolge durch den Rat. Er gehe davon aus, dass dieser Punkt als Anregung behandelt werde.

Herr Dr. Steffen erinnert an die im Gewässerbericht 1997 geforderten Maßnahmen, die bislang nicht umgesetzt wurden. Diese Maßnahmen müssten nunmehr dringend umgesetzt werden. Bei dem vorliegenden Antrag ginge es nicht nur um die Berücksichtigung im städtischen Haushalt, sondern auch um Zielformulierungen. Dafür sei auch der Ausschuss zuständig. Daher spreche er sich für eine Umsetzung der Anregung und des Gewässerberichtes aus. Er halte es für unzureichend, lediglich den Gewässerbericht dem Ausschuss vorzuenthalten.

Herr Werner entgegnet, dass das Abwasserbeseitigungskonzept der wesentliche Beitrag der Stadt zur Schonung der Gewässer sei. Hierin seien auch Maßnahmen enthalten, die ganz entscheidend zur Verbesserung der Gewässerqualität beitrügen, z. B. die Regenwasserbehandlung und der Erhaltungsaufwand. Dafür seien die derzeitigen Haushaltsmittel ausreichend.

Herr Schäfer erklärt, er begrüße die Vorlage eines Handlungskonzeptes in einer der nächsten Sitzungen.

Herr Kremer stimmt für die CDU-Fraktion grundsätzlich der Stellungnahme der Verwaltung zu. Er hält in diesem Zusammenhang die Zustandsberichte der Gewässer für ein wesentliches Kriterium. Deren Vorlage wird von Herrn Werner zugesagt. Ein Handlungskonzept binde auch den Ausschuss in seiner Arbeit.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

**12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.07.2001 zum Haushaltsplanentwurf 2002**

Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

**13 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.07.2001 zur Berücksichtigung verschiedener Maßnahmen im Haushaltsplanentwurf 2002**

Dieser Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

**14 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Herr Dehler:

1. Zunächst bedanke ich bei Herrn Hardt dafür, dass in den Ferien die Straße Richtung Moitzfeld saniert wurde. Allerdings habe ich festgestellt, dass vor der Kreuzung in Moitzfeld noch einige Schadstellen vorhanden sind. Werden diese noch beseitigt?

Herr Hardt verweist auf die Arbeiten an einem Teilstück der Wipperfürther Straße. Diese Arbeiten sind abhängig von den finanziellen Mitteln. Das Teilstück in Moitzfeld sowie im Bereich der Zufahrt zum Schloss muss in den nächsten Jahren noch in Angriff genommen werden. Als nächstes im Programm steht die Kürtener Straße im Bereich des neuen Kreisverkehrs ortsauswärts.

2. Im Rahmen der Arbeiten am Bürgerpark in Refrath hatte ich den Wunsch der Schulen (Waldorfschule usw.) nach einer Abgrenzung zwischen Schulhofgelände und Feuchtbiotop vorgetragen. Bislang ist dort nichts erfolgt. Womöglich fehlen die finanziellen Mittel. Seitens der Waldorfschule wurden für diese Maßnahme 900,-DM zur Verfügung gestellt.

Herr Willnecker:

Inwieweit ist die Planung der Parkplatzneugestaltung und die Verkehrsregelung der Alten Nußbaumer Straße in Paffrath fortgeschritten? Inwieweit ist die Finanzierung gesichert? Gibt es schon einen Termin für die Bürgerversammlung?

Herr Schmickler weist darauf hin, dass unter Berücksichtigung der problematischen finanziellen Situation über eine Problemlösung nachgedacht wurde. In der nächsten Sitzung wird dem Ausschuss zu diesem Thema eine Vorlage mit einem entsprechenden Lösungsvorschlag präsentiert.

Herr Kierspel:

Ist der Verwaltung bekannt, dass bestimmte Baufirmen im Straßenbereich meines Erachtens sehr lange arbeiten. Als Beispiele nenne ich den Nittumer Weg (Verlegung einer Wasserleitung) sowie die Altenberger-Dom-Straße von der Kempener Straße aus Richtung Köln. Kann die Verwaltung die

Arbeiten beschleunigen? Wenn die Firmen zu einer schnelleren Arbeitsweise nicht in der Lage sind, muss der Vergabeausschuss demnächst daraus Konsequenzen ziehen. Zu befürchten sei auch, dass in solchen Fällen der Fußweg nach einer derart langen Sperrung als überflüssig angesehen wird.

Herr Hardt erklärt, dass es sich hier um Maßnahmen der Versorgungsträger – hier der Belkaw – handelt. In diesem konkreten Fall werde er die Belkaw um eine Erläuterung bitten, ob es für die Verzögerung sachliche Gründe gibt. Die Antwort der Belkaw wird der Niederschrift beigelegt. Auf Nachfrage erklärt Herr Hardt, an die Belkaw wegen einer bürgerfreundlicheren Vorgehensweise zu appellieren.

#### Frau Reudenbach:

Die Straße Am Stadion bildet in Fahrtrichtung Paffrather Straße in Höhe der Feuerwehr auf der rechten Seite fortgesetzt eine Delle aus. Das ist vor einiger Zeit schon einmal repariert worden; die Fahrbahndecke wurde erneuert. Wodurch entsteht diese Aufwerfung? Ist der Stadt bekannt, dass wieder eine recht starke Aufwerfung vorhanden ist? Kann man das Grundübel beseitigen?

Herr Hardt verweist auf die alte Zanders-Deponie als Grundübel, die mit Papiermasse verfüllt wurde. Ähnliche Probleme sind auch beim Neubau der Feuerwache aufgetaucht. Das Gebäude wurde auf Bohrpfahlwände gegründet, was aber bei der Straße aus finanziellen Gründen nicht möglich war. Etwa alle fünf Jahre muss die Straßendecke entsprechend aufgebaut werden, sodass sie dort inzwischen fast einen Meter stark ist. Die Stadt überprüfe aber laufend, wann wieder ausgebessert werden muss. Anlässlich der letzten Ausbesserung wurde geprüft, ob mit einer armierten Platte gearbeitet werden kann; eine wirtschaftlich vertretbare Lösung gibt es aber nicht.

#### Herr Cüpper:

1. Zum Gewerbegebiet Spitze ist wohl ein Verkehrsgutachten in Auftrag gegeben worden. Wie ist der Sachstand?

Herr Schmickler erklärt, das Gutachten sei immer noch in Bearbeitung. Er gehe aber davon aus, dass in wenigen Wochen ein Ergebnis vorliege, sodass der Rat alsbald unterrichtet werden kann.

2. Im Kierdorfer Feld gibt ein Altenwohnheim und einen Kinderspielplatz. Die Kinder benutzen dort einen Trampelpfad, auf dem sie mit ihren Rollerblades zum Teil mit älteren Leuten in Konflikt kommen. Kann der Trampelpfad unbefahrbar gemacht werden, z. B. durch einen Zaun? Hier kann eine Ortsbesichtigung hilfreich sein, um den Handlungsbedarf festzustellen.

#### Herr Sprenger:

Auf der Kauler Straße wurde vor zwei Monaten eine Kanzel hergerichtet, durch die zwei Stellplätze weggefallen sind. Der dort ansässige Friseursalon beschwert sich darüber, dass die Kunden dort nicht mehr parken können. Auch von den weiteren Anwohnern beschwerten sich viele, da die Pendler nach Köln dort regelmäßig halten. Kann auf drei Stellplätzen dort eine blaue Zone eingerichtet werden?

#### Herr Dr. Fischer:

1. Wie ist der Sachstand der Rechtsabbiegespur in Moitzfeld? Hat sich bezüglich der Lichtsignalanlage an der gleichen Stelle etwas getan bzw. ist dort noch eine Verbesserung zu erwarten?

Herr Hardt erklärt, die Rechtsabbiegespur werde derzeit vom Landschaftsverband bearbeitet. Die Pläne werden derzeit erstellt. Grundlagen liegen vor.

Hinsichtlich der Lichtsignalanlage wird mit der Polizei eine Aktion durchgeführt, wobei zunächst die Fahrtrichtung von Herkenrath Richtung Moitzfeld verbessert werden soll. Dies soll in Form einer Zettelaktion morgens erfolgen. Bei der Signalanlage selbst wird geprüft, ob die Schaltung für Fußgänger nicht so geändert wird, dass eine sehr lange Räumzeit gewonnen wird. Die Änderung erfolge so, dass kein Nachteil für die Fußgänger entsteht. Diese Verbesserung kann evtl. kurzfristig erfolgen.

2. Im Bereich der oberen Hauptstraße in Höhe der Einmündung Sonnenweg parken nach Angabe von Anwohnern vor allem in den Abendstunden große Mengen von Pizzaboten. Diese behindern erheblich

den ruhenden Verkehr. Ich bitte um Überprüfung und Abhilfe.

Herr Marx beantwortet die Frage dahingehend, dass die Probleme bekannt seien. Dort wurden auch schon verschiedentlich Knöllchen verteilt. Die Probleme tauchen in erster Linie während der Abendstunden auf; dort wird erneut überprüft.

Herr Dr. Steffen:

Zu meiner schriftlichen Anfrage vom 12.07. habe ich die Nachfrage, ob die Verwaltung mir nicht hinsichtlich der Schadstoffmessungen in öffentlichen Gebäuden konkrete Zahlen mitteilen kann. Es ging bei meiner ursprünglichen Frage um Kostenabschätzungen bei der PCB-Belastung in Schulen. Außerdem bitte ich um Auskunft, ob auch in den Kindertagesstätten in letzter Zeit Untersuchungen durchgeführt wurden.

Herr Schmickler erklärt, er habe dem zuständigen Kollegen bereits dieselbe Frage gestellt. Hier geht es um die bisher entstandenen und noch zu erwartenden Kosten. In der Vergangenheit wurden die Kosten aus unterschiedlichen Haushaltsstellen in unterschiedlicher Größenordnung und über unterschiedlich lange Zeiträume bezahlt. Die Zusammenstellung dieser Kosten erfordert einen Aufwand, der in keinem Verhältnis zum Wert der Information steht. Es ist auch nicht möglich, Durchschnittswerte zu ermitteln, was auch aus der Abfolge solcher Maßnahmen deutlich wird.

Herr Schäfer:

1. Durch das starke Wachstum dieses Jahr sind zum Teil Fußgängerwege zugewachsen, was zu einem Ausweichen der Fußgänger auf die Fahrradwege führt. Erfolgen hier regelmäßige Kontrollen mit dem Ziel eines Freischnitts? In diesem Zusammenhang weise ich auch darauf hin, dass die Beschilderung des Radweges im Gronauer Kreisel Richtung Refrath, aus Gladbach kommend, für Radfahrer schlecht ist. Kann diese Beschilderung verbessert werden?

Herr Hardt verweist darauf, dass in den Fällen, die den Außendienstkollegen auffallen, entsprechende Vordrucke in die Briefkästen eingeworfen werden. Erfolgt keine Reaktion, wird nochmals geschrieben. Als dritte Stufe wird der Eigentümer – in der Regel mit Erfolg – nochmals eindringlich schriftlich zu einem entsprechenden Rückschnitt aufgefordert. Zum Ende der Vegetationsperiode erfolgt auch ein entsprechender Hinweis in der Presse.

Weiterhin sagt Herr Hardt zu, den genannten Radweg abzufahren und zu überprüfen, wie eine bessere Beschilderung erreicht werden kann.

2. Ende letzten Jahres hat die Verwaltung zugesagt, zum Thema Ausgleichsflächenkonzeption das Konzept vorzustellen. Wann erfolgt das?

Herr Schmickler erinnert an eine entsprechende Vorstellung im Planungsausschuss. In diesem Zusammenhang wies die Verwaltung darauf hin, dass die Einbeziehung der Landwirtschaft ein ganz wichtiges Thema in der Erarbeitung des Ausgleichsflächenkonzeptes ist. Dies ist darauf zurück zu führen, dass die Landwirtschaft der Hauptflächenlieferant ist und nach § 1 BauGB die Interessen der Landwirtschaft in der Bauleitplanung zu berücksichtigen sind. Auch die hohen Pachtlandanteile müssen berücksichtigt werden. Vor diesem Hintergrund laufen parallel zu Überlegungen, was aus naturschutzfachlicher Sicht sinnvoll ist, Gespräche mit der Landwirtschaft. Derzeit werden relativ komplexe Sachverhalte erarbeitet. In Bälde finden erneut Gespräche u. a. mit der Landwirtschaft statt, die hoffentlich zu einem entscheidenden Fortschritt beitragen und auch dazu beitragen, vernünftige Ergebnisse vorstellen zu können. Er bittet für diese Vorgehensweise um Verständnis, zumal eine einvernehmliche Vorgehensweise auch zu finanziellen Ersparnissen für die Stadt führt. Die Interessen der Landwirtschaft werden ebenfalls gewahrt.

Frau Kreft:

1. Auf der Hauptstraße stehen sechs oder sieben Abfallbehälter. Diese sind zum Teil windschief, fast ausschließlich völlig verdreckt und zum Teil wild beklebt. Da die Behälter auch wegen ihrer Größe nicht sehr schön aussehen, möchte ich wissen, wie diese Situation verändert werden kann.

Herr Schmickler sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

2. Für die Straße Wingertsheide gilt Tempo 30 mit Rechts-vor-Links-Regelung. Wenn ich aus der Straße Im Schlag komme, wird mir fast immer die Vorfahrt genommen. Besteht die Möglichkeit, diesem Umstand z. B. durch eine entsprechende Möglichkeit Abhilfe zu schaffen?

Herr Widdenhöfer erklärt, diese Angelegenheit solle in der nächsten Verkehrsbesprechung behandelt werden. Er befürchte, dass von der gewünschten Beschilderung eine Breitenwirkung ausgehe. Die rechtliche Zulässigkeit müsse aber ohnehin noch geprüft werden.

Herr Cüpper:

1. An der Eulenburg gibt es eine „Regelung Tempo 50“. Ist es Absicht, dass diese unterschiedlich ist, je nachdem, ob man von Herrenstrunden oder von Gladbach kommt? Wenn ja, kann man dies trotzdem in Einklang bringen?

Herr Marx erklärt, dieser Sachverhalt sei bekannt. Es sei insofern Absicht, als dass am letzten Haus ein Schild „Tempo 50 – Ende“ steht. Dies war zuvor vor der Bushaltestelle; eine Änderung erfolgte auf Anregung des Fragestellers. Jetzt besteht dort ein rechtsfreier Zustand. Wenn man aus der Dombach-Sander-Straße nach rechts abbiegt, darf man bis zum Schild „Tempo 50“ 100 km/h fahren, aus der Stadt kommend aber nur 50 km/h. Durch die Aufstellung eines Tempo 50-Schildes hinter der Einmündung wird ein rechtlich einwandfreier Zustand geschaffen.

2. Meines Wissens gibt es ein Konzept über die Unterhaltung der Brunnen, an dem sich die Belkaw beteiligt. In Herrenstrunden auf dem Dorfplatz gibt es ebenfalls einen Brunnen, der aber nicht läuft. Ist dieser von der Konzeption betroffen?

Herr Hardt verweist darauf, dass die Brunnen im Rahmen einer Umorganisation in den Betrieb Verkehrsflächen übergegangen sind. Die Bearbeitung erfolgt durch einen neu eingestellten Mitarbeiter. Er hoffe, dass im nächsten Jahr alle Brunnen wieder funktionieren. Im Konzessionsvertrag mit der Belkaw wurde für das Wasser eine entgeltlose Abrechnung vereinbart. Die Unterhaltungs- und die Stromkosten werden von der Stadt getragen. Speziell für Herrenstrunden sind die Leistungen für die Wiederinbetriebnahme bereits beauftragt.

3. Von der Rochuskapelle Richtung Lerbach gibt es einen Weg. Ist dieser städtisch? Wenn ja, wird dort gemäht, wenn die Hecke ausgewachsen ist?

4. Es gibt in Herkenrath eine Planung für eine zusätzliche Turnhalle. Wie weit ist diese Planung fortgeschritten?

Herr Schmickler verweist auf die finanzielle Lage. Maßnahmenbezogene Zuschüsse würden nicht mehr gewährt; die genauen Modalitäten des Pauschalzuschusses seien noch nicht bekannt. Für die Turnhalle Herkenrath stehen umfangreichen Vergaben für die weiteren Planungen an. Diese Vergaben wurden zurückgestellt, bis klar sei, ob dafür ausreichend Geld zur Verfügung steht. Er hoffe, dass die Vorgaben des Landes bis zu den Haushaltsplanberatungen zur Verfügung stehen.

Herr Wolfgarten:

Ich bin der letzten Zeit verstärkt von Bürgerinnen und Bürgern aus dem Bereich Schildgen/Katterbach/Paffrath angesprochen worden, wann es dort mit den Radwegen weitergehe. Kann hier eine halbwegs konkrete Zahl genannt werden?

Herr Hardt erklärt, dass derlei Markierungen schon länger zu Schwierigkeiten führen. Hier wurden schon - allerdings ohne durchschlagenden Erfolg - die Firmen gewechselt. Auch die neuen Deckenbaumaßnahmen haben zu Arbeitsunterbrechungen geführt. Derzeit steht die Wipperfürther Straße an, wodurch sich wiederum eine Verschiebung bei der Paffrather Straße/Kempener Straße ergibt. Weiterhin gibt es noch eine Planung für die Bevorrechtigung der Busse im Bereich Steinstraße(Overather Straße, die von der Software-Firma erst nach Anbringung der Markierungen umgesetzt werden kann. Insofern kann er nicht mehr als die Hoffnung weitergeben, dass dies noch in diesem Jahr erfolgt. Die Aufträge wurden aber erteilt.

Herr Willnecker:

Das Abstellen von Lkws und Anhängern von Kirmes-Lkws auf der Paffrather Straße hat letzte Woche sehr stark zugenommen. Ist das mit der Verwaltung so abgestimmt oder wird das willkürlich gemacht? Kann man das abstellen?

Herr Marx erklärt, das Problem sei seit längerem bekannt. Dieser Unternehmer stellt seine Fahrzeuge zwischen zwei Kirmessen dort ab, aber selten länger als zwei Tage. Grundsätzlich stören die Fahrzeuge dort nicht. Es wurden keine Absprachen getroffen; verboten ist das Abstellen aber nicht. Regelungen z. B. durch Haltverbote sind schwierig, da diese nur zu einer Verlagerung des Problems führen.

Herr Willnecker verweist auf die starke Zunahme, die sich zu einer Störung für die Autofahrer entwickelt habe.

Herr Marx verweist darauf, dass es nach Markierung der Radstreifen, die für sich allein keine Rechtsgrundlage für ein Haltverbot sind, zu Problemen komme. Dann könne nach einer neuen Lösung gesucht werden.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Waldschmidt, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.59 Uhr.

\_\_\_\_\_  
(Vorsitzender)

\_\_\_\_\_  
( )

\_\_\_\_\_  
(Schriftführer)

## **B Nichtöffentlicher Teil**

### **1 Genehmigung der Niederschrift - nichtöffentlicher Teil -**

Die Niederschrift wird genehmigt.

### **2 Mitteilungen des Vorsitzenden**

Es werden keine Mitteilungen vorgetragen.

### **3 Mitteilungen der Bürgermeisterin**

Es werden keine Mitteilungen vorgetragen.

**4 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Es werden keine Anfragen gestellt.

Der stellvertretende Vorsitzende, Herr Waldschmidt, bedankt sich für die rege Teilnahme und schließt die Sitzung um 19.00 Uhr.

gez. Waldschmidt  
stellvertretender Vorsitzender

Fedder  
Schriftführer

\_\_\_\_\_  
(Vorsitzender)

\_\_\_\_\_  
( )

\_\_\_\_\_  
(Schriftführer)

## Teilnehmerliste

### Anwesend sind

#### Mitglied -CDU-

---

Herr Cüpper  
Herr Kierspel  
Herr Köntje  
Frau Reudenbach  
Herr Sprenger  
Frau Wagner  
Herr Willnecker  
Herr Wolfgarten

#### Mitglied/Sachkundige(r) Bürgerin -CDU-

---

Herr Kremer

#### Mitglied -SPD-

---

Frau Kreft  
Herr Schäfer  
Herr Waldschmidt

#### Mitglied/Sachkundige(r) Bürgerin -SPD-

---

Herr Windisch

#### Mitglied -F.D.P.-

---

Herr Dr. Fischer

#### Mitglied - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-

---

Frau Ryborsch  
Herr Ziffus

#### Mitglied/Sachk. Bürger(in) -KID-

---

Herr Schüller

#### Beratendes Mitglied

---

Herr Becker  
Herr Tecim

## Teilnehmerliste

### Anwesend sind

#### Mitglied -CDU-

---

Herr Cüpper  
Herr Kierspel  
Herr Köntje  
Frau Reudenbach  
Herr Sprenger  
Frau Wagner  
Herr Willnecker  
Herr Wolfgarten

#### Mitglied/Sachkundige(r) Bürgerin -CDU-

---

Herr Kremer

#### Mitglied -SPD-

---

Frau Kreft  
Herr Schäfer  
Herr Waldschmidt

#### Mitglied/Sachkundige(r) Bürgerin -SPD-

---

Herr Windisch

#### Mitglied -F.D.P.-

---

Herr Dr. Fischer

#### Mitglied - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN-

---

Frau Ryborsch  
Herr Ziffus

#### Mitglied/Sachk. Bürger(in) -KID-

---

Herr Schüller

#### Beratendes Mitglied

---

Herr Becker  
Herr Tecim